

**Antrag 203/I/2020****KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Gebühren für Bewohnerparkausweise angemessen erhöhen**

1 Die Gebühr für den Erhalt eines Bewohnerparkauswei-  
 2 ses soll deutlich angehoben werden. Wenn die Gebühr  
 3 auf einen Betrag von über 25 Euro im Jahr angehoben  
 4 wird, ist zugleich zu prüfen, inwieweit eine Sozialklausel  
 5 für Personen mit einem geringen Einkommen eingeführt  
 6 werden kann, damit diese nicht übermäßig belastet wer-  
 7 den. Auch Halter\*innen von E-Fahrzeugen sollen weiter-  
 8 hin begünstigt werden. Die Gebührenanhebung soll ver-  
 9 folgt werden, bis durch die Umsetzung des Beschlusses  
 10 A16/II/2019 der SPD Mitte (Antrag 246/II/2019 LPT) ein 365  
 11 Euro-Jahresticket für den ÖPNV einschließlich Parkvignet-  
 12 te geschaffen wurde.

13

**14 Begründung**

15

16 Die Gebühren für Bewohnerparkausweise in Berlin belau-  
 17 fen sich derzeit auf 20,40 Euro für eine Gültigkeit von zwei  
 18 Jahren, also 10,20 Euro pro Jahr. Damit befindet sich Berlin  
 19 am unteren Ende des derzeit noch durch den Bund fest-  
 20 gesetzten Gebührenrahmens von 10,20 Euro bis 30,70 Eu-  
 21 ro pro Jahr (Gebührenordnung für Maßnahmen im Stra-  
 22 ßenverkehr, Anlage zu § 1, Abschnitt 2, B., Nr. 265). Diese  
 23 Gebühren entsprechen in keiner Weise dem Wert, den die  
 24 durchschnittlich zwölf Quadratmeter öffentlichen Bodens  
 25 pro Auto belegen. Im Durchschnitt parken Autos über 23  
 26 Stunden am Tag.

27

28 Der Bundesverkehrsminister hat angekündigt, dass zu-  
 29 künftig auf die Vorgabe eines Rahmens für die Gebühren  
 30 verzichtet werden soll. Den so entstehenden Gestaltungs-  
 31 spielraum für die Kommunen, der in Berlin einheitlich auf  
 32 Landesebene ausgefüllt wird, sollte die Stadt für eine wei-  
 33 tere Überprüfung der Gebührenhöhe nutzen. Aber auch  
 34 im bestehende Gebührenrahmen sind Anpassungen nach  
 35 oben vorzunehmen.

36

37 Auch die Rechtsprechung hat stets anerkannt, dass der  
 38 wirtschaftliche Wert des Ausweises einschließlich der er-  
 39 höhten Parkchancen bei der Ausgestaltung der Verwal-  
 40 tungsgebühren ebenso wie der Verwaltungsaufwand be-  
 41 rücksichtigt werden kann. Auch der damalige grüne Ver-  
 42 kehrsstaatssekretär Kirchner hatte 2017 eine Erhöhung  
 43 der Gebühren angekündigt. In anderen europäischen  
 44 Städten kostet das Parken oft wesentlich mehr. So sind es  
 45 beispielsweise in Kopenhagen 158 Euro, in Amsterdam 535  
 46 Euro und in Stockholm 827 Euro für einen Bewohnerpark-  
 47 ausweis im Jahr. Auch Cottbus verlangt knapp 31 Euro im  
 48 Jahr.

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die Gebühr für den Erhalt eines Bewohnerparkauswei-  
 ses soll angehoben werden. Wenn die Gebühr auf ei-  
 nen Betrag von über 25 Euro im Jahr angehoben wird,  
**soll eine Sozialklausel für Personen** mit einem geringen  
 Einkommen eingeführt werden kann, damit diese nicht  
 übermäßig belastet werden. Auch Halter\*innen von E-  
 Fahrzeugen sollen weiterhin begünstigt werden. Die Ge-  
 bührenanhebung soll verfolgt werden, bis durch die Um-  
 setzung des Beschlusses A16/II/2019 der SPD Mitte (An-  
 trag 246/II/2019 LPT) ein 365 Euro-Jahresticket für den  
 ÖPNV einschließlich Parkvignette geschaffen wurde.

49

50 In Berlin bestehen zahlreiche Flächennutzungskonflikte,  
51 die auch den öffentlichen Straßenraum betreffen. Insbe-  
52 sondere kollidieren Parkplätze häufig mit der Möglichkeit  
53 der Einrichtung von Fahrradwegen oder Busspuren aber  
54 auch Abstellmöglichkeiten für Fahrräder oder für die Au-  
55 ßenbewirtschaftung von Cafés und Restaurants. Dabei ist  
56 es zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Ermögli-  
57 chung einer Verkehrswende wichtig, den umweltfreund-  
58 lichen Verkehrsmitteln ausreichend Platz einzuräumen.  
59 Gemessen an Grundstückspreisen in Berlin steht der Park-  
60 raum durch die geringe Gebühr für Bewohnerparkauswei-  
61 se zu einem sehr niedrigen Preis zur Verfügung. Zugleich  
62 hat der motorisierte Individualverkehr einen schädlichen  
63 Einfluss auf die Umwelt und das Klima. Insbesondere der  
64 Parksuchverkehr führt zu einer erheblichen Störung des  
65 Verkehrsflusses, zu gefährlichen Situationen für Fahrrad-  
66 fahrende und zu einer Verschlechterung der Luftqualität.  
67 Die Gebührenhöhe ist eine konkrete Steuerungsmöglich-  
68 keit, um den gewünschten Effekt des Parkraummanage-  
69 ments zu erhöhen. Langfristig kann so auch die Zahl der  
70 Parkplätze zugunsten anderer Nutzungsmöglichkeiten re-  
71 duziert werden.

72

73 Um die Elektromobilität in Berlin zu fördern, sollen Hal-  
74 ter\*innen von E-Fahrzeugen von der erhöhten Gebühr für  
75 Bewohnerparkausweise weiterhin ausgenommen wer-  
76 den. Elektromobilität ist ein wichtiger Beitrag für bessere  
77 Luftqualität in Berlin. Frei werdende Parkflächen können  
78 außerdem zur Errichtung weiterer Ladestationen genutzt  
79 werden.

80

81 Mit der Sozialklausel soll verhindert werden, dass zukünf-  
82 tig Personen mit geringem Einkommen von der Mög-  
83 lichkeit eines eigenen Autos in der Innenstadt keinen  
84 Gebrauch mehr machen können. Als Einkommensgrenze  
85 könnte beispielsweise diejenige für die künftige Grund-  
86 rente herangezogen werden oder auf den Empfang von  
87 Transferleistungen abgestellt werden.